

2009

Parlamentarierbrief zur Bundestagswahl

In jeder Krise steckt eine Chance:

Rückbesinnung auf echte Werte



Parlamentarierbrief zur

▶ **Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände der deutschen Bau- bzw. Baustoffindustrie sowie der Bau- und Baustoffmaschinenindustrie¹ vertreten wir die Interessen von rund 8.000 mittelständischen und großen deutschen Unternehmen, die national, europa- und weltweit tätig sind. Diese Branchen beschäftigen rund 900.000 Menschen am Standort Deutschland.**

A. **Deutschland braucht eine leistungsfähige Infrastruktur**

B. **Mehr Raum für Wachstum und Beschäftigung schaffen**

C. **Bildung und Forschung: Inhalte entscheidend!**

D. **Klimaschutz, Umweltschutz, Nachhaltigkeit: Umfassend denken und handeln!**

E. **Soziale Sicherung zukunftsfähig ausgestalten**

F. **Den Erfolg deutscher Bauunternehmen auf internationalen Märkten sichern**

In jeder Krise steckt eine Chance: Rückbesinnung auf echte Werte

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass sich vor allem viele Finanzprodukte von der Realität entkoppelt haben. Unvorstellbare Risikoallokationen und platzende Spekulationsblasen haben Vermögenswerte in wenigen Tagen und Wochen vernichtet. Die Krise muss jetzt genutzt werden, um eine Rückbesinnung der Kreditwirtschaft auf ihre Kernaufgaben herbeizuführen: nämlich die Versorgung der Realwirtschaft mit Kapital und Liquidität.

Heute ist klarer denn je, dass reale Werte das Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bilden. Gerade Bauwerke sind in Zeiten von Unsicherheit und zunehmenden Inflationsrisiken Stabilitätsanker. Bauindustrielle Leistungsfähigkeit spiegelt sich in echten, mit den Händen zu greifenden Werten wider.

Wer den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit die Wachstumskräfte nachhaltig stärken will, benötigt zunächst eine leistungsfähige Infrastruktur. Investitionen in Ver- und Entsorgungsnetze, in Verkehrswege, in Schulen und Hochschulen, aber auch den Klimaschutz sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

¹ An dieser Stelle sei auf die wirtschaftspolitischen Positionen des Gesamt-VDMA verwiesen, die in weiten Teilen mit den Vorschlägen dieses Parlamentarierbriefs übereinstimmen.

Deutschland braucht eine leistungsfähige Infrastruktur

► „**Mobilität von Menschen und Gütern ist nicht Folge, sondern Grundlage unseres Wohlstands.**“
Eberhard von Kuenheim, ehemaliger Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender BMW AG

Die Infrastruktur in Deutschland wird auf Verschleiß betrieben. Laut Deutscher Bundesbank decken die jährlichen öffentlichen Bruttoinvestitionen die jährlichen Abschreibungen auf die öffentliche Infrastruktur schon seit Jahren nicht mehr. Dies betrifft sowohl öffentliche Hochbauten wie Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäude als auch Tiefbauten wie Verkehrswege und Kanalisation.

Vor allem Qualität und Quantität der Bundesverkehrswege genügen nicht mehr den Anforderungen, die an den Industriestandort Deutschland im Herzen Europas gestellt werden. Prognosen gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2025 die Verkehrsleistung sowohl bei Personen (+ 20 Prozent gegenüber 2004) als auch bei Gütern (+ 70 Prozent) ansteigen wird, und zwar auf allen relevanten Verkehrsträgern.

Durch die Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut und die Konjunkturprogramme stehen für 2009 und 2010 jeweils etwa 12 Mrd. Euro für Investitionen zur Verfügung. Aller-

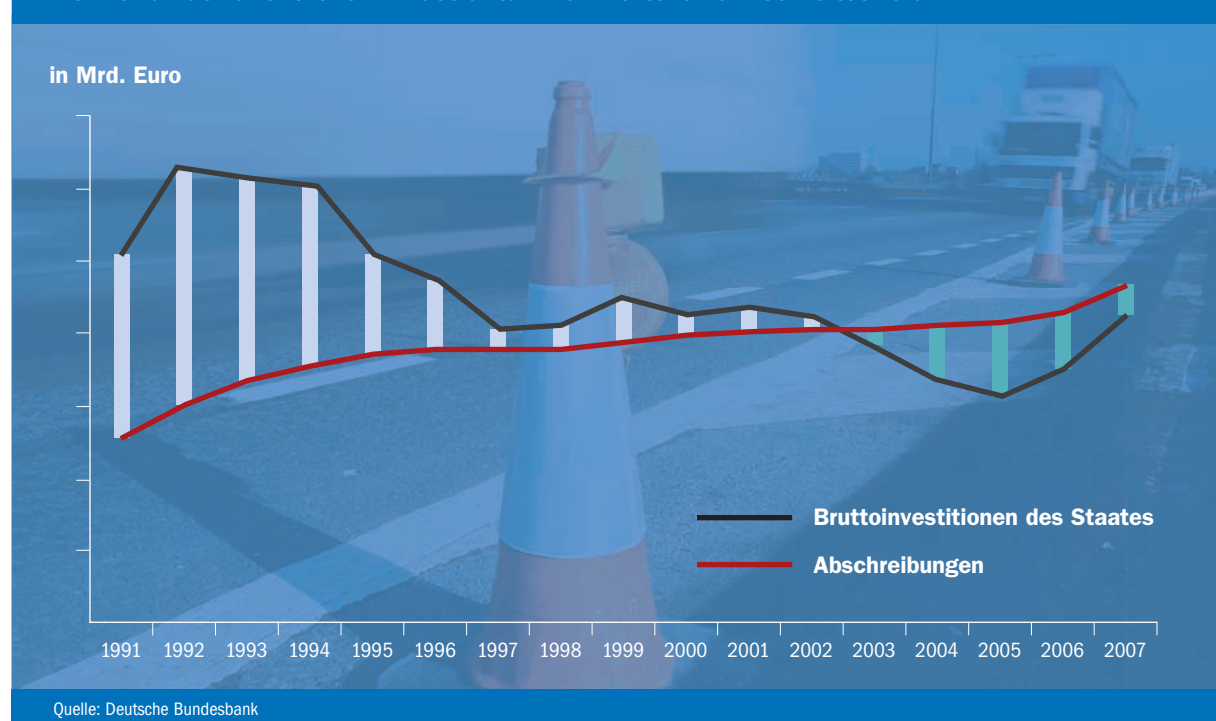
dings droht nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme ab 2011 eine Investitionslücke. Eine Verstärkung der Investitionslinie Verkehr auf erhöhtem Niveau muss daher oberste Priorität haben.

1. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Bund, Länder und Gemeinden müssen gleichzeitig für einen effizienteren Einsatz der öffentlichen Mittel sorgen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben zum Ende 2006 sind erste Schritte getan worden. Weitere müssen folgen.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Wegfall des Raumordnungsverfahrens zugunsten einer landesplanerischen Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.
 - Verstärkte Anwendung der Plangenehmigung anstelle des Planfeststellungsverfahrens.

Der Verfall der öffentlichen Infrastruktur: Der Werteverzehr schreitet voran



- Einführung von Schwellenwerten und Kriterien für die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen.

2. Bundesfernstraßen durch die Nutzer finanzieren

Die Finanzierung der Verkehrswege muss unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage gesichert werden.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Umstellung der Verkehrswegefinanzierung von der Haushalts- auf die Nutzerfinanzierung.
 - Aufbau eines eigenständigen Finanzierungskreislaufes „Straße finanziert Straße“.
 - Direkte Zuleitung der Mauteinnahmen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG).
 - Ausstattung der VIFG mit dem Recht zur Kreditaufnahme.



3. Schienennetz des Bundes ausbauen

Während um Deutschland herum das europäische Hochgeschwindigkeits-Schienennetz wächst, sind bei uns viele Ballungsräume auch regional nicht optimal verbunden. Zudem stößt das Schienennetz der Deutschen Bahn AG an seine Leistungsgrenzen.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Bessere Vernetzung der Ballungsräume durch ein Hochgeschwindigkeits-Schienennetz.
 - Ausbau eines leistungsfähigen Interregio-Netzes als Alternative zum Pkw.
 - Aufbau eines Schienen-Frachtnetzes, damit die Bahn noch stärker als Alternative zur Straße agieren kann.



4. Gesamtkonzept für die Bundeswasserstraßen entwickeln

Für die Binnenwasserstraßen und -häfen fehlt bislang ein Gesamtkonzept. Die Investitionsmittel, insbesondere zur Anbindung der Hinterlandverkehre, reichen nicht aus.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Schaffung der Voraussetzungen für den Ausbau der Seehafenhinterlandverkehre und die Entlastung der Straße.
 - Ausbau der Donau zum europäischen Wasserweg, indem das fehlende Teilstück zwischen Straubing und Vilshofen zügig realisiert wird.

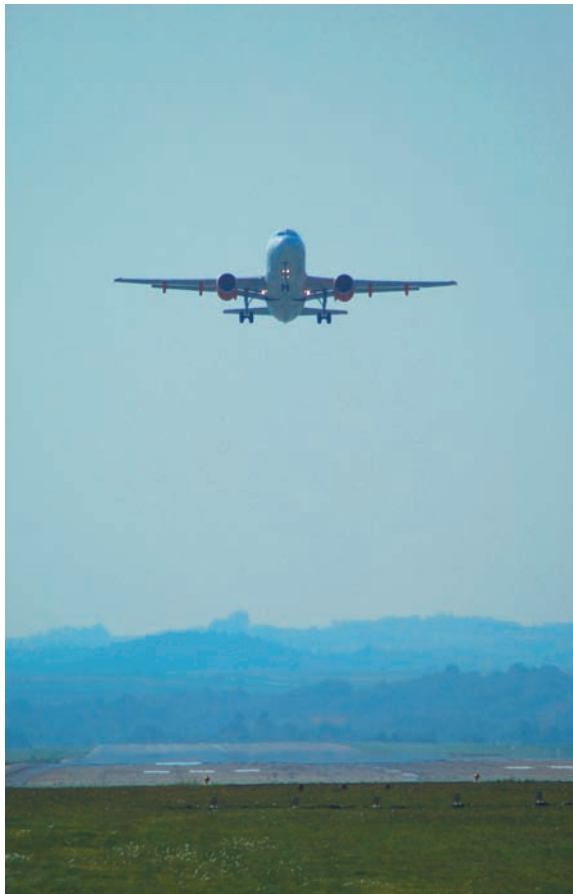
5. Pro Flughafenbau votieren

Nur neun Flughäfen bewältigen weit über 90 Prozent des Passagier- und Frachtaufkommens. Dabei ist die Kapazitätsgrenze der Flughäfen in Frankfurt am Main und Düsseldorf heute bereits erreicht. In München, Hamburg und

Stuttgart wird dies in wenigen Jahren der Fall sein. Um Investitionsblockaden und Ineffizienzen zu vermeiden, brauchen wir ein klares Votum für den Ausbau der Flughafeninfrastruktur in Deutschland.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Konzentration der öffentlichen Mittel auf die zentralen Drehkreuze.
- Zügiger Ausbau der Flughafeninfrastruktur bei Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.
- Anbindung der Flughäfen an das Fernstraßen- und das überregionale Schienennetz.



6. Energieerzeugung und Energieverteilung sichern

Der seit Jahren bekannte Investitionsbedarf bei Kraftwerken und beim Ausbau der Strom- und Gasübertragungsnetze hat sich in den letzten Jahren erhöht.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Investitionsfördernde Rahmenbedingungen schaffen.
- Ausbau regenerativer Energieerzeugung (Geothermie, Windkraftwerke).

- Keine Energiesubventionierung zulasten der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.
- Beschleunigung von Aus- und Umbau von Kraftwerken neuer Generation.
- Weitere Reduzierung von Planungs- und Genehmigungszeiten.

7. Mehrwert durch Öffentlich Private Partnerschaften erzeugen

Mit ÖPP-Modellen können öffentliche Investitionsvorhaben im Hochbau und im Verkehrswegebau schneller und effizienter realisiert werden. Im öffentlichen Hochbau hat ÖPP als Beschaffungsvariante in den vergangenen Jahren Fuß gefasst. Zur Erreichung des 15-Prozent-ÖPP-Ziels der Bundesregierung sind jedoch weitere Schritte erforderlich.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Stärkere Anwendung des ÖPP-Modells bei Bundesbauten.
- Erschließung neuer Sektoren: Hochschul- und Gesundheitsbereich als Zukunftsfelder.
- Beseitigung steuerlicher Nachteile von ÖPP-Projekten, insbesondere bei der Umsatzsteuer.

Im Verkehrswegebau stecken Öffentlich-Private Partnerschaften noch in den Anfängen. Die fruchtbaren Diskussionen zwischen Bauindustrie, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) über den richtigen Weg der Einbindung privaten Kapitals und privaten Know-hows in den Verkehrswegebau müssen fortgeführt werden.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Stabilisierung des Deal-Flows für ÖPP-Verkehrsprojekte im Neu- und Ausbaubereich.
- Erweiterung der ÖPP-Modellpalette auf die Sanierung und die Erhaltung von Verkehrsstrecken und Verkehrsnetzen.
- Stärkere Öffnung des Markts für ÖPP-Verkehrsprojekte für mittelständische Unternehmen, insbesondere auch durch Erstattung der Angebotskosten für unterlegene Bieter.

B. Mehr Raum für Wachstum und Beschäftigung schaffen



„Die Wirtschaft braucht ein gesundes Klima, braucht Einsatzfreude, Risikobereitschaft, Solidarität.“

Ludwig Erhard

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie die Unternehmen nicht behindern und diesen genügend Raum lassen, sich im Interesse von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entwickeln zu können. Hierzu bedarf es insbesondere im rechtlichen und steuerlichen Bereich mutiger Schritte, um als schädlich und kontraproduktiv erkannte Entwicklungen zu stoppen. Dies gilt ganz besonders für die Unternehmensteuerreform 2008.

1. Schwächen der Unternehmensteuerreform beseitigen

Die Unternehmensteuerreform 2008 besteuert Kosten und läuft beim Ziel einer stärkeren Eigenkapitalbildung zum Teil ins Leere. Um die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht durch die Unternehmensbesteuerung weiter zu verschärfen, sind hier dringende Korrekturen notwendig.

Die Zinsschranke bewirkt, dass bei Gewinnrückgängen und Risikoauflagen für Kredite die Zinsaufwendungen von vielen Unternehmen nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr abgezogen werden können. Das treibt die Finanzierungskosten hoch und gefährdet Investitionen und Arbeitsplätze.

Die für die Nachversteuerung unterstellte Verwendungsreihenfolge **thesaurierter Gewinne** führt dazu, dass nur für Gewinne, die langfristig im Unternehmen belassen werden können, die Thesaurierungsbegünstigung in Anspruch genommen werden kann. Das Ziel, die Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen zu stärken, wird hierdurch verfehlt.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
- Erhöhung der Zinsabzugsbegrenzung auf 50 Prozent des Gewinns.
- Vortragsmöglichkeit von ungenutzten Gewinn-Potenzialen.
- Aussetzung der Zinsschranke in Verlustfällen (Verlustsperre).
- Gezielte Förderung der Eigenkapitalbildung von Personenernehmen durch die Änderung der Verwendungsreihenfolge nicht entnommener Gewinne.

2. Wohnungsbau steuerlich attraktiver gestalten

Der Wohnungsneubau in Deutschland befindet sich auf einem historisch niedrigem Niveau. Das liegt auch am steuerlichen Anreizsystem: Bei den derzeitigen steuer- und mietrechtlichen Rahmenbedingungen sind eine Refinanzierung der Gesamtkosten und eine angemessene Eigenkapitalverzinsung im Wohnungsbau nicht mehr möglich. In den Wachstums- und Zuzugsregionen Deutschlands kommt es zu einer zunehmenden Verknappung von bezahlbarem Wohnraum für untere und mittlere Einkommenschichten. Hier ist u. a. eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wohneigentumsbildung notwendig.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
- Anpassung der Abschreibungszeiträume an die veränderte Nutzungsdauer von Gebäuden durch Erhöhung des Abschreibungssatzes für Wohngebäude von derzeit linear 2 auf 4 Prozent.
- Erweiterung der Einkommensteuerermäßigung nach § 35a EStG auf die Inanspruchnahme von Planungs- und Handwerkerleistungen für den **Neubau**.

3. Neudefinition des Baugelds und Liquidität der Bauunternehmen sichern

Bauunternehmen brauchen ausreichend Liquidität und sichere Kreditlinien, um der im gesetzlichen Werkvertragsrecht verankerten Vorleistungspflicht nachkommen zu können.

Der im „Bauforderungssicherungsgesetz“ ausgeweitete Begriff des „Baugelds“ bewirkt:

- eine Ausweitung der Vorfinanzierungspflicht,
- eine Liquiditätsbindung, z. T. über mehrere Jahre,
- eine Erhöhung des Liquiditätsrisikos nebst Liquiditätseingpässen,
- verschärfte Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme sowie des Erhalts von Vertrags- und Gewährleistungsbürgschaften,
- erhöhten Verwaltungs- und Kostenaufwand.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
- Das Bauforderungssicherungsgesetz vordringlich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode aufzurufen und noch einmal grundsätzlich zu überarbeiten.

Bildung und Forschung: Inhalte entscheidend!

► „Bildung ist der Schlüssel für Qualität, Innovation, Beschäftigungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.“

Leitbild Bau 2009

Die technische Qualitätsführerschaft und das internationale Ansehen der deutschen Bauwirtschaft basiert vor allem auf gut ausgebildetem Personal: Facharbeitern, Kaufleuten und Ingenieuren im Bau-, Baustoff- und Maschinenbaubereich, 900.000 an der Zahl. Dieser entscheidende Wettbewerbsvorteil muss erhalten und gestärkt werden – gerade in Zeiten bildungspolitischer Systemwechsel. Auch in der Bauforschung nimmt Deutschland international eine Spitzenstellung ein. Die europäische Forschungsförderung wird jedoch von anderen Staaten dominiert. Kernthemen der Bauinnovation bleiben unberücksichtigt.

1. Spitzenstellung deutscher Fach- und Führungskräfte erhalten

Die praktische Umsetzung des europäischen Bologna-Prozesses in Deutschland wird den Bedürfnissen von Arbeitgebern und Studierenden nach klaren, vergleichbaren und berufsbefähigenden Ausbildungsinhalten nicht gerecht.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Orientierung der deutschen Hochschulausbildung an inhaltlichen Qualitätsstandards – nicht an Systemstandards.
- Beibehaltung der Abschlussbezeichnung Diplom-Ingenieur für Bauingenieure in Verbindung mit Master- und Bachelorabschlüssen (Doppelurkunde).
- Keine Quotierung beim Übergang von Bachelor- zu Master-Studienprogrammen.
- Erleichterung des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte.
- Erhalt der bewährten dualen Ausbildung im Bauhauptgewerbe als Branchenlösung.

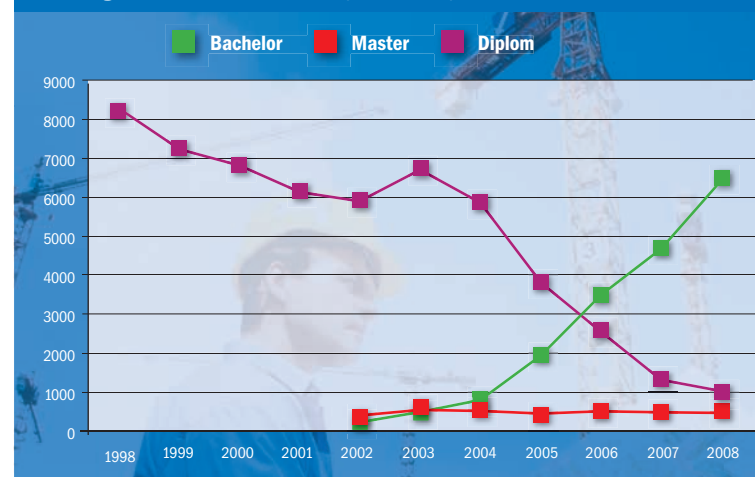
2. Neue Forschungsfelder erschließen

Die Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen

Bauwesens im europäischen Binnenmarkt zu stärken und Defizite insbesondere im Bereich technischer, baukultureller und organisatorischer Innovationen zu beseitigen. Zentrale zukunftsweisende Projekte benötigen zukunftsweisende Unterstützungskonzepte. Allein die Errichtung küstenferner Windparks erfordert über 100 Millionen Euro technischer F+E-Investitionen. Weder die europäischen noch die nationalen Förderschwerpunkte Bau werden bisher den finanziellen Anforderungen globaler Lösungsentwicklungen gerecht.

Studienanfänger 1998–2008

Bauingenieurwesen – Diplom/Bachelor/Master



■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Fortsetzung der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“.
- Klare Kennzeichnung baurelevanter Forschungsmittel der Bundesministerien.
- Stärkung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen durch Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.
- Anerkennung der Förderungswürdigkeit von Forschungsthemen des Tief- und Ingenieurbaus einschließlich Maschinenteknik.
- Unterstützung deutscher Unternehmen bei der Akquisition europäischer Mittel aus den F+E-Rahmenprogrammen der EU.

Klimaschutz, Umweltschutz, Nachhaltigkeit: Umfassend denken und handeln!

▶ „Die Geschichte hat gezeigt, dass keine Herausforderung zu groß ist für eine Welt, die zusammensteht.“

Barack Obama

Klimaschutz bleibt eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Die deutsche Bau- und Baustoffindustrie sind hier Problemlöser und verfügen über die Techniken, um schon heute Energieeinsparungen in allen relevanten Bereichen von der Mobilität über die Energieerzeugung bis zur Gebäudesanierung zu erzielen. Nun ist es an der Zeit, energiepolitische Strategien zu entwickeln, die auf einen ausgewogenen Energiemix sowie auf eine sichere und preiswerte Energieversorgung setzen.

1. Ganzheitlichen Ansatz bei der Energieeinsparung verfolgen

Wir begrüßen und unterstützen die Initiativen der Bundesregierung, den Klimaschutz und die Energieeffizienz voranzutreiben. Die ambitionierten Ziele sind jedoch nur erreichbar, wenn statt Insellösungen möglichst umfassende Konzepte in den Bereichen Mobilität, Energieerzeugung und Gebäudesanierung verfolgt werden.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
- Förderung eines ganzheitlichen Ansatzes (Lebenszyklusbetrachtung) bei der energetischen Betrachtung und im Gebäudebereich.
- Änderung des Mietrechts, um eine Mieterbeteiligung an der Kosten der energetischen Sanierung zu erleichtern.
- Schaffung von Anreizen für die Sanierung von Nicht-Wohngebäuden.
- Gleichberechtigte Förderung von Ersatzneubauten mit gleichem oder besserem energetischem Standard.
- Energetische Überprüfung aller öffentlichen Gebäude.

2. Nachhaltige Gestaltung der gebauten Umwelt auf solides Fundament stellen

Durch den Ansatz der Bundesregierung, den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes in den Fokus der Bewertung zu stellen, kommt zukünftig den Lebenszykluskosten – und damit der Nachhaltigkeit – statt den Herstellungskosten zentrale Bedeutung zu.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Beteiligung aller interessierten Kreise an der Entwicklung eines Gütesiegels für Nachhaltiges Bauen und Steuerung des Verfahrens durch die Bundesregierung.
- Sicherstellung transparenter, möglichst schlanker und damit praktikabler Bewertungsmethoden und Parameter.
- Konzentration der Gütesiegel auf öffentliche und gewerbliche Gebäude, so lange keine abgestimmten Bewertungskriterien vorliegen.

3. Umwelt schützen – Recyclingkreisläufe erhalten

Bauindustrielles Know-how ist in allen Bereichen des Umweltschutz-Spektrums gefragt und anerkannt. 225 Millionen Tonnen mineralischer Abfälle werden hier jedes Jahr fachgerecht verwertet. Ob Boden- und Abwasseraufbereitung, Gewässer-, Boden-, Umweltschutz: Die Handlungsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft muss erhalten bleiben.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Sicherung der qualifizierten Sperrminorität bei der EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie.
- Verzicht auf überzogene wasserrechtliche Geringfügigkeitsschwellen, die mit ihren Anforderungen weit über die Trinkwasserverordnung hinausgehen.
- Einführung von bundeseinheitlichen praktikablen Regeln zur Verwertung mineralischer Abfälle. Ersatzbaustoffverordnung und Bodenschutzverordnung setzen in der geplanten Fassung auf Deponieren statt auf Wiederverwerten und wären damit kontraproduktiv.

Soziale Sicherung zukunftsfähig ausgestalten



„Der Grundsatz der Tarifeinheit muss als Grundpfeiler der Tarifautonomie unbedingt gesichert werden.“

BDA-Präsident Dieter Hundt

1. Tarifeinheit sichern

Die Tarifvertragsparteien und damit der Flächentarifvertrag müssen gestärkt werden.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Gesetzliche Klarstellung des Grundsatzes der Tarifeinheit im Tarifvertragsgesetz. Die Stärke des Flächentarifvertrages in Deutschland beruht auf dem Grundsatz, dass in einem Betrieb nur ein Tarifwerk gelten kann.

2. Leistungsrecht in der Unfallversicherung modernisieren

Es muss der Politik gelingen, den Beitragssatz für die Sozialversicherung unter 40 Prozent zu halten. Hierzu sind weitere Reformen u. a. des Leistungsrechts erforderlich. Die Stabilität der Sozialversicherungssysteme muss das Ziel der Sozialpolitik bleiben.

In dem Zusammenhang ist eine Reform des Leistungsrechts in der Gesetzlichen Unfallversicherung dringend erforderlich.

■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Reform des Leistungsrechts in der Gesetzlichen Unfallversicherung auf Basis der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe des Jahres 2007, insbesondere mit folgenden Schwerpunkten:
- Vorrang der gesetzlichen Altersrente vor der Erwerbsunfähigkeitsrente.
- Abfindungsregeln für Kleinrenten.
- Präzisere Abgrenzung von Berufskrankheiten zu allgemeinen Erkrankungen.
- Wegfall der Leistungspflicht bei Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung, soweit dies auch dem Arbeitnehmer vorzuwerfen ist (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit).
- Einschränkung der Versicherungsleistung bei einem Wegeunfall, soweit dieser dem Arbeitnehmer vorzuwerfen ist (z. B. bei schweren Verkehrsdelikten).

3. Schwarzarbeit wirksam bekämpfen

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung dient insbesondere der Stabilität der Sozialversicherungssysteme. Sämtliche Dienstleistungsbranchen – wie auch Teile der Bauwirtschaft – sind aufgrund ihres hohen Arbeitskostenanteils am Produktionswert anfällig für illegale Praktiken. Der Wegfall der Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit ab 2011 bedarf deshalb einer Flankierung.



■ DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:

- Die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit (z. B. durch Verringerung der sozialversicherungsrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmern und selbstständigen Einzelunternehmern).
- Für tarifliche Mindestentgelte, die im Baugewerbe gelten, sollen auch sämtliche Bauauftraggeber sowie die Öffentliche Hand haften.
- Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften.
- Bildung von spezialisierten Wirtschaftsstrafkammern.
- Vollstreckung von Bußgeldern im Ausland.

Den Erfolg deutscher Bauunternehmen auf internationalen Märkten sichern

► „Märkte sind wie Fallschirme, sie funktionieren nur, wenn sie sich öffnen.“ Helmut Schmidt

Auf internationalem Parkett gehören Bau- und Baumaschinenindustrie zu den führenden Anbietern. Der Auftragseingang aus dem Ausland wie auch die Bauleistung im Ausland erreichte 2008 mit rund 29 Mrd. Euro bzw. 24 Mrd. Euro neue Rekordergebnisse. In Deutschland hergestellte Bau- und Baustoffmaschinen wurden 2008 zu 75 Prozent exportiert. Das entspricht einem Umsatz von rund 12,5 Mrd. Euro. Besonders gefragt ist deutsches Bau-Know-how im Ausland vor allem bei komplexen Infrastrukturvorhaben wie Tunneln, Brücken und Flughäfen, bei Betreiberprojekten (Straßen, Flughäfen und öffentlicher Hochbau) sowie zunehmend im Zukunftsmarkt des nachhaltigen und umweltfreundlichen Bauens.

1. Exportkreditversicherung an den globalen Markt anpassen

Bau- und Baumaschinenindustrie sind bei ihren internationalen Aktivitäten auf ein leistungsfähiges Exportkreditversicherungssystem angewiesen. Die Branche begrüßt daher die Maßnahmen zur Ausweitung der Hermesgedeckten Exportfinanzierung im Konjunkturpaket II. Die Hermesdeckung muss aber noch einfacher werden, damit Exporteure Hermes-Kredite leichter nutzen können. Allerdings stimmt der überkommene „Exporteurbegriff“ der Hermes-Richtlinien mit den Realitäten der internationalen Arbeitsteilung in einer globalisierten Welt nicht mehr überein. Daher besteht die Notwendigkeit, dass der Bund gemeinsam mit den Mandataren das deutsche Deckungsinstrumentarium behutsam weiterentwickelt und im Spannungsfeld zwischen „nationaler Wertschöpfung“ und „nationalem Interesse“ eine neue Balance definiert.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Verbesserung der Deckungsmöglichkeiten für ausländische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften vor allem mit Blick auf die Überwindung von Marktzugangshindernissen in Schwellenländern.
 - Schrittweise Aufhebung der international geltenden Restriktionen hinsichtlich der Einbeziehung „örtlicher Kosten“ in die Deckung im Verbund mit den OECD-Partnerstaaten.

- Verbindliche Festlegung des durch die OECD-Umweltleitlinien erreichten hohen Schutzniveaus im Rahmen der Exportfinanzierung auch für Nicht-OECD-Länder, um Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der Konkurrenz aus den Schwellenländern zu unterbinden.

2. Beschleunigung und Entschlackung der Exportkontrolle

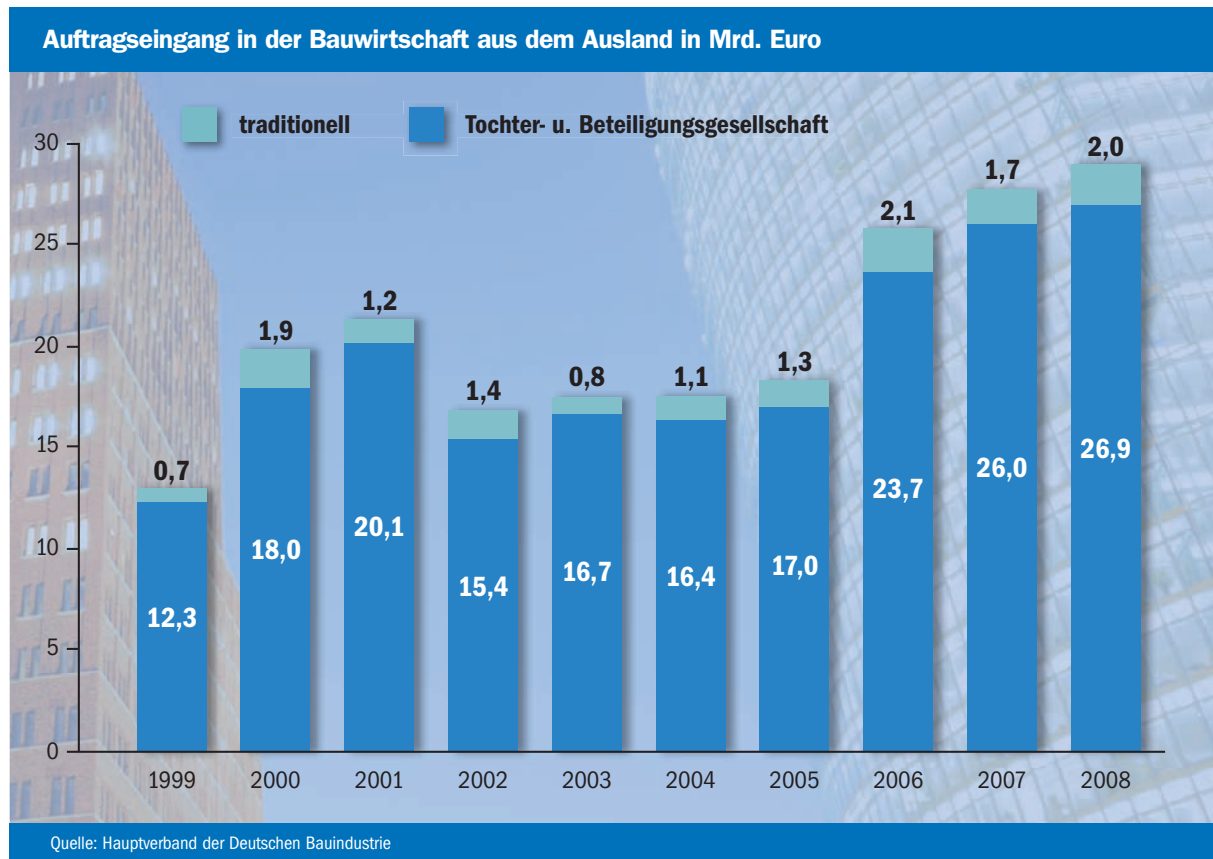
Die Exportkontrolle ist zunehmend einzelfallorientiert. Ministerien entscheiden Einzelfälle immer wieder neu, anstatt Leitlinien zu setzen. Dies verzögert Exportgenehmigungen massiv und schädigt die deutsche Lieferzuverlässigkeit.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Entscheidungsautonomie des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) verstärken.
 - Banken aus der Exportkontrolle von Industriegütern heraushalten.

3. Ausbau der Exportförderung

Die Bündelung der stark zersplitterten deutschen Exportförderung ist durch die Anfang 2009 erfolgte Zusammenführung der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) und Invest in Germany zur Germany Trade and Invest (gtai) einen Schritt vorangekommen. Zur Verbesserung des Dienstleistungsangebots der neuen Gesellschaft ist eine Fokussierung auf wesentliche Branchen und Länder erforderlich.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Sicherstellung neutraler Wirtschaftsinformationen durch unabhängiges Korrespondentennetz der gtai im Ausland.



Auch Messen und Symposien sind ein wichtiges Exportförderinstrument für Unternehmen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Deshalb ist auch weiterhin ein finanzielles Engagement des Bundes notwendig.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Streichungen im Auslandsmesseprogramm des Bundes rückgängig machen.

4. Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik besser verzahnen

Alle Initiativen in der 16. Legislaturperiode zu einer besseren Abstimmung der Anliegen der deutschen Industrie mit der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik sind im Ansatz stecken geblieben. Insbesondere wurde den Bedenken der deutschen Wirtschaft gegenüber steigenden Budgethilfen an die Staatshaushalte der Entwicklungsländer sowie der Einführung von ländereigenen Beschaffungsverfahren nicht ausreichend Rechnung getragen. Auch der Bundes- und der Europäische Rech-

nungshof haben kritisiert, dass die Wirkung dieser Instrumente unklar sei und die mittelgerechte Verwendung von Steuergeldern hierdurch akut gefährdet werde.

- **DIE BAUWIRTSCHAFT SCHLÄGT DAHER VOR:**
 - Einrichtung eines Interministeriellen Ausschusses (IMA) „Entwicklungspolitik“, in dem die Interessen der deutschen Entwicklungspolitik mit jenen der deutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik abgeglichen werden.
 - Verzicht auf jegliche Form der Budgethilfe im Infrastrukturbereich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und Vorzug der hohen internationalen Vergabestandards im Falle mangelhafter nationaler Vergabeverfahren.

Herausgegeben von:

Hauptverband
der Deutschen Bauindustrie e. V.
Kurfürstenstraße 129 · 10785 Berlin
Tel.: (030) 212 86-0
Fax: (030) 212 86-189

www.bauindustrie.de
E-Mail: bauind@bauindustrie.de

Fachverband Bau- und
Baustoffmaschinen
im Verband Deutscher
Maschinen- und
Anlagenbau (VDMA)

Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e. V.
die Baustoffindustrie (bbs)

